

VERTALING
MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2001 — 2155

[2001/33053]

25 JUNI 2001. — Decreet houdende instemming met het herziene Europees Sociaal Handvest en met de Bijlage, ondertekend te Straatsburg op 3 mei 1996

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Enig artikel. Het herziene Europees Sociaal Handvest en de Bijlage, ondertekend te Straatburg op 3 mei 1996, zullen volkomen uitwerking hebben.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.
Eupen op 25 juni 2001.

K.-H. LAMBERTZ

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport

B. GENTGES

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toersisme

H. NIJESSEN

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

Nota's

(1) *Zitting 2000-2001.*

Bescheiden van de Raad : 61 (2000-2001) nr. 1. Ontwerp van decreet.

61 (2000-2001) nr. 2. Verslag.

Integraal verslag : Discussie en aanneming. Vergadering van 25 juni 2001.



D. 2001 — 2156

[C — 2001/33049]

7. JUNI 2001 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Organisation der Einrichtungen Öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, insbesondere des Artikels 11, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 22. Juli 1993;

Aufgrund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge, insbesondere Artikel 1 bis 13;

Aufgrund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere des Artikels 24, § 1;

Aufgrund des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes;

Aufgrund des Erlasses vom 31. Dezember 1991 zur Festlegung des vorläufigen Statuts sowie des Stellenplans des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen und zur Bestimmung der Modalitäten bezüglich der Übernahme des Personals der regionalen Dienststelle Eupen der VoE «Institut francophone de formation permanente des classes moyennes», abgeändert durch die Erlasses vom 10. Mai 1995 und 30. August 1996;

Aufgrund des Erlasses vom 24. Februar 1992 zur Festlegung des Statuts und des Dienstgrades für den Direktor der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge;

Aufgrund des Erlasses vom 22. Juni 1993 zur Festlegung der spezifischen Aufgaben für die die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge Personal unter Arbeitsvertrag einstellen kann;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 22. Dezember 2000 zur Festlegung der auf das Personal der Dienste der Gemeinschafts- und Regionalregierungen und des Kollegiums der gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Französischen Gemeinschaftskommission sowie der von ihnen abhängenden juristischen Personen öffentlichen Rechts anwendbaren allgemeinen Grundsätze des Verwaltungs- und Besoldungsstatuts der Staatsbediensteten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Protokolls Nr. S6/2001 des Sektorenausschusses XIX vom 15.05.2001;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 21. April 2000;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal vom 7. Juni 2001;

Aufgrund des am 28. September 1999 abgegebenen Gutachtens des Staatsrates;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Diesem Erlass unterstehen die Beamten der nachstehend erwähnten Einrichtungen:

1. Die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung;
2. Das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;
3. Das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 2 - § 1. Der Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten ist auf die Beamten und die Anwärter der in Artikel 1 erwähnten Einrichtungen anwendbar, vorbehaltlich der im vorliegenden Erlass festgelegten Modalitäten.

§ 2. Die Bestimmungen, die den in § 1 aufgeführten Erlass ändern, ergänzen oder ersetzen können, finden auf die Beamten und Anwärter der Einrichtungen von Rechts wegen Anwendung, es sei denn, dass sie Bestimmungen beeinträchtigen, auf die sich die im vorliegenden Erlass vorgesehenen Anpassungsmaßnahmen beziehen.

Art. 3 - Für die Anwendung auf die Beamten und Anwärter der in Artikel 1 erwähnten Einrichtungen wird der o.e. Erlass vom 27. Dezember 1996 angepasst, wie in den Artikeln 4 bis 18 des vorliegenden Erlasses vorgesehen wird.

Art. 4 - In den Artikeln 1 bis 5, 11 bis 15, 23, 32, Absatz 1, erstem und drittem Satz, 43 bis 45, 69, 71 und 90 des Erlasses vom 27. Dezember 1996, sowie im Titel der Anhänge 1 und 3 zu diesem Erlass werden die Worte «Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft» und «Ministerium» durch «Einrichtung» ersetzt.

Art. 5 - In Artikel 3, § 1, 3°, desselben Erlasses werden die Worte «Minister, zuständig für den öffentlichen Dienst» durch «Aufsichtsminister» ersetzt.

Art. 6 - Artikel 9 desselben Erlasses erhält folgende Fassung:

«Artikel 9. Die Offenerklärung von Stellen, die Zulassungen zur Probezeit und die Ernennungen werden, außer für den Geschäftsführenden Direktor, vom Verwaltungsrat beschlossen. Die Entscheidungen des Verwaltungsrates müssen von der Regierung bestätigt werden.»

Art. 7 - Artikel 10 desselben Erlasses erhält folgende Fassung:

Artikel 10. Der Geschäftsführende Direktor leitet die Einrichtung und überwacht die Ausführung der Beschlüsse des Verwaltungsrates.

Der Geschäftsführende Direktor oder ein Beamter, den er unter den Beamten eines Dienstgrades der Stufe I bezeichnet, setzt Maßnahmen zur Integration der Anwärter und zur Ausbildung der Anwärter oder Beamten um und begleitet die Probezeit.

Art. 8 - In den Artikeln 14, 23, 26, 28, 55, 62 und 90 desselben Erlasses werden je nach dem Fall die Worte «Generalsekretär», «Leiter der Abteilung, in der die Probezeit stattfindet», «Leiter der Abteilung, in der die Probezeit absolviert wird» und «bewertender Abteilungsleiter» jedes Mal durch «Geschäftsführender Direktor» ersetzt.

Art. 9 - Artikel 11, § 1, desselben Erlasses erhält folgende Fassung:

«Artikel 11. § 1. Die Regierung legt die Zusammensetzung und die Funktionsweise des Direktionsrates jeder einzelnen Einrichtung fest.»

Art. 10 - Artikel 14 desselben Erlasses wird ein Absatz hinzugefügt, der wie folgt lautet:

«Das Programm der Anwerbungsprüfung im Wettbewerbsverfahren für den Dienstgrad «Geschäftsführender Direktor» wird von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Beratung mit dem Ständigen Anwerbungssekretär festgelegt. Die Regierung legt ebenfalls das Programm der Probezeit fest.»

Art. 11 - Artikel 15, § 1, desselben Erlasses erhält folgende Fassung:

«Artikel 15 § 1. Spezifische Anwerbungsbedingungen können auferlegt werden, wenn das zu vergebende Amt dies erforderlich macht. Sie werden nach Beratung mit dem Ständigen Anwerbungssekretär und dem Direktionsrat vom Geschäftsführenden Direktor festgelegt.»

Art. 12 - In Artikel 32 desselben Erlasses wird der Satz «Der Generalsekretär oder ein von ihm im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmter Vertreter übernimmt den Vorsitz.» durch «Der Geschäftsführende Direktor oder ein von ihm bestimmter Vertreter übernimmt den Vorsitz.» ersetzt, außer was das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen betrifft, wo das Wort «Generalsekretär» durch «Verwaltungsratspräsident» ersetzt wird.

Art. 13 - In Artikel 37 desselben Erlasses erhält der letzte Satz folgende Fassung:

«Die Bewertungskriterien sind die des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

Art. 14 - Artikel 39, Absatz 1, desselben Erlasses erhält folgende Fassung:

«Die Bewertung wird durch mindestens zwei Vorgesetzte verschiedenen Ranges, das heißt gemeinsam durch den Geschäftsführenden Direktor und den unmittelbaren Vorgesetzten erteilt. Der Direktionsrat legt die Liste der Personen fest, die als unmittelbare Vorgesetzte zum Zwecke der Bewertung gelten und macht sie im voraus allen Beamten bekannt.

Für das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand sind die zwei bewertenden Personen der Geschäftsführende Direktor und der Verwaltungsratspräsident.»

Art. 15 - In Artikel 43 desselben Erlasses wird das Wort «Generalsekretär» durch «Verwaltungsratspräsident» ersetzt.

Art. 16 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist der Anhang I desselben Erlasses mit folgenden Ergänzungen zu lesen:

Dienstgrad	Rang
Geschäftsführender Direktor	I.B
Pädagogischer Berater	I.D
Leitender Psychologe	I.D
Beigeordneter Pädagogischer Berater	I.E
Hauptpsychologe	I.E
Pädagogischer Referent	I.F
Psychologe	I.F
Erster Lehrlingssekretär	II+.A
Erster Arbeitsberater	II+.A
Erster Buchhalter	II+.A
Hauptlehrlingssekretär	II+.B
Hauptarbeitsberater	II+.B
Hauptbuchhalter	II+.B
Lehrlingssekretär	II+.C
Arbeitsberater	II+.C
Buchhalter	II+.C

Art. 17 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist der Anhang III desselben Erlasses mit folgenden Ergänzungen zu lesen:

Dienstgrad	Gehaltstabelle
Geschäftsführender Direktor	I/11
Pädagogischer Berater	I/8
Leitender Psychologe	I/8
Beigeordneter Pädagogischer Berater	I/4
Hauptpsychologe	I/4
Pädagogischer Referent	I/1
Psychologe	I/1
Erster Lehrlingssekretär	II+/3
Erster Arbeitsberater	II+/3
Erster Buchhalter	II+/3
Hauptlehrlingssekretär	II+/2
Hauptarbeitsberater	II+/2
Hauptbuchhalter	II+/2
Lehrlingssekretär	II+/1
Arbeitsberater	II+/1
Buchhalter	II+/1

Art. 18 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist der Anhang IV desselben Erlasses mit folgenden Ergänzungen zu lesen:

alter Dienstgrad	neuer Dienstgrad
Generalinspektor	Geschäftsführender Direktor
Dienstleitender Direktor	Geschäftsführender Direktor
Direktor	Erster Berater
Pädagogischer Berater	Beigeordneter Pädagogischer Berater
Pädagogischer Referent	Pädagogischer Referent
Attaché	Referent
Erster Lehrlingssekretär	Erster Lehrlingssekretär
Hauptlehrlingssekretär	Hauptlehrlingssekretär
Lehrlingssekretär	Lehrlingssekretär
Graduierter	Arbeitsberater
Hauptgraduierter	Hauptarbeitsberater
Graduierter	Sozialarbeiter
Hauptgraduierter	Hauptsozialarbeiter
Erster Graduierter	Erster Arbeitsberater
Assistent	Sachbearbeiter
Hauptassistent	Hauptsachbearbeiter
Operator	Facharbeiter
Beigeordneter	Sekretär

Art. 19 - In Artikel 1 des Erlasses der Exekutive vom 22. Juni 1993 zur Festlegung der spezifischen Aufgaben für die die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge Personal unter Arbeitsvertrag einstellen kann wird die Gehaltstabelle «10/1» ersetzt durch «I/1» .

Art. 20 - Der Erlass der Exekutive vom 24. Februar 1992 zur Festlegung des Statuts und des Dienstgrades für den Direktor der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge ist aufgehoben.

Art. 21 - Bei Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses werden die bis zum Zeitpunkt einer neuen Bewertung gegebenenfalls bestehenden Bewertungen «sehr gut» oder «gut» umgewandelt in die Bewertung «positiv», die Bewertung «ungenügend» in die Bewertung «negativ».

Besteht bei Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses keine Bewertung, gilt die Bewertung «positiv» bis zum Zeitpunkt einer neuen Bewertung.

Art. 22 - Die Beamten, die einen Dienstgrad in der linken Kolonne der durch Artikel 18 ergänzten Tabelle in Anlage IV des in Artikel 2, § 1 erwähnten Erlasses bekleiden, nehmen bei Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses den Dienstgrad in der rechten Kolonne derselben Tabelle an.

Das erworbene Rang- und Dienstgradalter wird in den Dienstgrad der rechten Kolonne übernommen.

Anwendbare Vorschriften, die gegebenenfalls Dienstgradbezeichnungen der linken Kolonne verwenden, werden auf die Beamte mit Dienstgraden der rechten Kolonne entsprechend angewendet.

Art. 23 - Für die Beamten, die beim Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses eine Beförderungsprüfung zu einem Dienstgrad des ehemaligen Ranges 22 oder eines äquivalenten Ranges bestanden hatten, gilt die in Artikel 55 Abs.1 des in Artikel 2, § 1 erwähnten Erlasses vorgesehene Beförderungsprüfung als bestanden. Das gleiche gilt für Beamte, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses zu einer Beförderungsprüfung zu einem Dienstgrad des ehemaligen Ranges 22 oder eines äquivalenten Ranges eingetragen waren und diese Prüfung nach Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses bestehen.

Art. 24 - Als Übergangsmaßnahme und in Abweichung zu Artikel 17 und 18 erhalten die Beamten des Arbeitsamtes, die vor dem Inkrafttreten ihrer Übertragung von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft eine Beförderungsprüfung von Rang B2 zu Rang B1 in der Stufe II+ bestanden haben, ab dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses den Dienstgrad Erster Arbeitsberater und zwar mit der Gehaltstabelle II+/4.

Art. 25 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt in Kraft.

Regelbeförderung sowie die Erhöhungen der Gehaltstabellen gemäß Artikel 71 des in Artikel 2, § 1 erwähnten Erlasses sind jedoch nach den diesbezüglichen neuen Vorschriften ab dem 1. Januar 2001 durchführbar.

Art. 26 - Der Minister-Präsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport wird mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 7. Juni 2001.

Der Minister-Präsident,

Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport

K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus

B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

H. NIJESSEN

TRADUCTION

F. 2001 — 2156

[C — 2001/33049]

7 JUIN 2001. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public, notamment l'article 11, § 1, remplacé par la loi du 22 juillet 1993;

Vu le décret du 19 juin 1990 portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale), notamment les articles 1 à 13;

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, notamment l'article 24, § 1;

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du 31 décembre 1991 fixant le statut provisoire ainsi que le cadre de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E. (Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen) et déterminant les modalités relatives à la reprise du personnel du service régional d'Eupen de l'a.s.b.l. « Institut francophone de formation permanente des Classes moyennes », modifié par les arrêtés des 10 mai 1995 et 30 août 1996;

Vu l'arrêté du 24 février 1992 fixant le statut et le grade du directeur du « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge »;

Vu l'arrêté du 22 juin 1993 fixant les tâches pour lesquelles le « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » peut engager du personnel contractuel;

Vu l'arrêté royal du 22 décembre 2000 fixant les principes généraux du statut administratif et pécuniaire des agents de l'Etat applicables au personnel des services des Gouvernements de Communauté et de Région et des Collèges de la Commission communautaire commune et de la Commission communautaire française ainsi qu'aux personnes morales de droit public qui en dépendent;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu le protocole n° S6/2001 du comité de secteur XIX du 15.05.2001;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 21 avril 2000;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné le 7 juin 2001;

Vu l'avis du Conseil d'Etat, émis le 28 septembre 1999;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Le présent arrêté s'applique aux agents des organismes suivants :

1. l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées;
2. l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E.;
3. l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone.

Art. 2. § 1^{er}. L'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents est applicable aux agents et stagiaires des organismes mentionnés à l'article 1, sous réserve des modalités fixées dans le présent arrêté.

§ 2. Les dispositions qui peuvent modifier, compléter ou remplacer l'arrêté visé au § 1 s'appliquent de plein droit aux agents et stagiaires des organismes sauf si elles dérogent à des dispositions auxquelles se rapportent les mesures d'adaptation prévues dans le présent arrêté.

Art. 3. En vue de son application aux agents et stagiaires des organismes mentionnés à l'article 1, l'arrêté susvisé du 27 décembre 1996 est adapté, comme prévu dans les articles 4 à 18 du présent arrêté.

Art. 4. Dans les articles 1 à 5, 11 à 15, 23, 32, alinéa 1, première et troisième phrases, 43 à 45, 69, 71 et 90 de l'arrêté du 27 décembre 1996, ainsi que dans le titre des annexes 1 et 3 de cet arrêté, les mots « Ministère de la Communauté germanophone » et « Ministère » sont remplacés par le mot « organisme ».

Art. 5. Dans l'article 3, § 1, 3°, du même arrêté, les mots « Ministre compétent en matière de fonction publique » sont remplacés par les mots « Ministre de tutelle ».

Art. 6. L'article 9 du même arrêté est rédigé comme suit :

« Article 9. Les déclarations de vacance d'emplois, les admissions au stage et les nominations sont décidées par le Conseil d'administration, sauf pour ce qui concerne le directeur délégué. Les décisions du Conseil d'administration doivent être entérinées par le Gouvernement. »

Art. 7. L'article 10 du même arrêté est rédigé comme suit :

« L'article 10. Le directeur délégué dirige l'organisme et contrôle l'exécution des décisions du Conseil d'administration.

Le directeur délégué ou un agent qu'il désigne parmi les agents d'un grade de niveau I applique des mesures visant l'intégration des stagiaires et la formation des stagiaires ou des agents et guide le stage. »

Art. 8. Dans les articles 14, 23, 26, 28, 55, 62 et 90 du même arrêté, les mots « Secrétaire général », « chef de la division où se déroule le stage », « chef de la division dans laquelle se déroule le stage et « chef de division qui émet l'évaluation » selon le cas, sont remplacés par les mots « directeur délégué ».

Art. 9. L'article 11, § 1^{er} du même arrêté est rédigé comme suit :

« Article 11. § 1^{er}. Le Gouvernement fixe la composition et le fonctionnement du Conseil de direction de chaque organisme ».

Art. 10. L'article 14 du même arrêté est complété par l'alinéa suivant :

« Le programme du concours de recrutement pour le grade de «directeur délégué» est établi par le Gouvernement de la Communauté germanophone après concertation avec le Secrétaire permanent au recrutement. Le Gouvernement fixe également le programme du stage ». »

Art. 11. L'article 15, § 1^{er}, du même arrêté est rédigé comme suit :

« Article 15. § 1^{er}. Des conditions spécifiques de recrutement peuvent être imposées si la fonction à conférer l'exige. Elles sont fixées par le directeur délégué après concertation avec le Secrétaire permanent au recrutement et le Conseil de direction. »

Art. 12. Dans l'article 32 du même arrêté, la phrase « Le secrétaire général ou un représentant désigné par lui au sein du Ministère de la Communauté germanophone assure la présidence» est remplacée par « Le directeur délégué ou un représentant désigné par lui assure la présidence », sauf pour l'Institut de Formation permanente pour les Classes moyennes et les Petites et Moyennes Entreprises où le terme « secrétaire général » est remplacé par le terme « président du conseil d'administration ».

Art. 13. Dans l'article 37 du même arrêté, la dernière phrase est rédigée comme suit :

« Les critères d'évaluation sont ceux du Ministère de la Communauté germanophone. »

Art. 14. L'article 39, alinéa 1, du même arrêté est rédigé comme suit :

« L'évaluation est réalisée conjointement par au moins deux supérieurs hiérarchiques de rangs différents, à savoir le directeur délégué et le supérieur (hiérarchique) immédiat. Le conseil de direction établit la liste des personnes qui sont considérées comme supérieur immédiat pour l'évaluation et la porte préalablement à la connaissance de tous les agents.

Pour l'Institut de Formation permanente pour les Classes moyennes et les Petites et Moyennes Entreprises, les deux personnes chargées de l'évaluation sont le directeur délégué et le président du conseil d'administration. »

Art. 15. Dans l'article 43 du même arrêté, le terme « secrétaire général » est remplacé par « président du conseil d'administration ».

Art. 16. Pour l'application du présent arrêté, l'annexe 1 du même arrêté doit être lue en tenant compte des ajouts suivants :

Grade	Rang
Directeur délégué	I.B
Conseiller pédagogique	I.D
Psychologue en chef	I.D
Conseiller pédagogique adjoint	I.E
Psychologue principal	I.E
Conférencier pédagogique	I.F

Grade	Rang
Psychologue	I.F
Premier secrétaire d'apprentisage	II+.A
Premier conseiller-emploi	II+.A
Premier comptable	II+.A
Secrétaire d'apprentissage principal	II+.B
Conseiller-emploi principal	II+.B
Comptable principal	II+.B
Secrétaire d'apprentissage	II+.C
Conseiller-emploi	II+.C
Comptable	II+.C

Art. 17. Pour l'application du présent arrêté, l'annexe III du même arrêté doit être lue en tenant compte des ajouts suivants :

Grade	Echelle de traitement
Directeur délégué	I/11
Conseiller pédagogique	I/8
Psychologue en chef	I/8
Conseiller pédagogique adjoint	I/4
Psychologue principal	I/4
Conférencier pédagogique	I/1
Psychologue	I/1
Premier secrétaire d'apprentisage	II+/3
Premier conseiller-emploi	II+/3
Premier comptable	II+/3
Secrétaire d'apprentissage principal	II+/2
Conseiller-emploi principal	II+/2
Comptable principal	II+/2
Secrétaire d'apprentissage	II+/1
Conseiller-emploi	II+/1
Comptable	II+/1

Art. 18. Pour l'application du présent arrêté, l'annexe IV du même arrêté doit être lue en tenant compte des ajouts suivants :

Ancien grade	nouveau grade
Inspecteur général	Directeur délégué
Directeur-chef de service	Directeur délégué
Directeur	Premier conseiller
Conseiller pédagogique	Conseiller pédagogique adjoint
Conférencier pédagogique	Conférencier pédagogique
Attaché	Conférencier
Premier secrétaire d'apprentissage	Premier secrétaire d'apprentissage
Secrétaire d'apprentissage principal	Secrétaire d'apprentissage principal
Secrétaire d'apprentissage	Secrétaire d'apprentissage
Gradué	Conseiller-emploi
Gradué principal	Conseiller-emploi principal
Gradué	Assistant social
Gradué principal	Assistant social principal
Premier gradué	Premier conseiller-emploi
Assistant	Rédacteur
Assistant principal	Rédacteur principal
Opérateur	Ouvrier spécialiste
Adjoint	Secrétaire

Art. 19. Dans l'article 1 de l'arrêté de l'Exécutif du 22 juin 1993 fixant les tâches spécifiques pour lesquelles le «Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge» peut engager du personnel contractuel, le barème « 10/1 » est remplacé par « I/1 ».

Art. 20. L'arrêté de l'Exécutif du 24 février 1992 fixant le statut et le grade du directeur du «Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge» est abrogé.

Art. 21. Lors de l'entrée en vigueur du présent arrêté et jusqu'à ce qu'il soit procédé à une nouvelle évaluation, les mentions « très bien » et « bien » éventuellement attribuées sont commuées en mention « positif » et la mention « insuffisant » en « négatif ».

S'il n'existe pas d'évaluation au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté, la mention « positif » est retenue jusqu'à ce qu'il soit procédé à une nouvelle évaluation.

Art. 22. Les agents qui sont revêtus d'un grade mentionné dans la colonne de gauche du tableau repris à l'annexe IV de l'arrêté mentionné à l'article 2, § 1, tableau complété par l'article 19, sont revêtus du grade figurant dans la colonne de droite dudit tableau au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté.

L'ancienneté de rang et de grade acquise est reportée dans le grade de la colonne de droite.

Les réglementations applicables qui utilisent éventuellement les dénominations de grades figurant dans la colonne de gauche sont appliquées mutatis mutandis aux agents revêtus des grades figurant dans la colonne de droite.

Art. 23. Les agents qui, au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté, ont réussi un examen de promotion à un grade relevant de l'ancien rang 22 ou d'un rang équivalent sont censés avoir réussi l'examen de promotion prévu à l'article 55, alinéa 1, de l'arrêté mentionné à l'article 2, § 1. Ceci vaut également pour les agents qui, avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, s'étaient inscrits à un examen de promotion à un grade relevant de l'ancien rang 22 ou d'un rang équivalent et réussissent cet examen après l'entrée en vigueur du présent arrêté.

Art. 24. Comme mesure transitoire et par dérogation aux articles 17 et 18, les agents de l'Office de l'emploi qui, avant l'entrée en vigueur de leur transfert de la Région wallonne vers la Communauté germanophone ont réussi un examen de promotion du rang B2 au rang B1 du niveau II+ sont à partir de l'entrée en vigueur du présent arrêté revêtus du grade Premier conseiller-emploi avec l'échelle de traitement II+/4.

Art. 25. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*.

La promotion en carrière plane et les augmentations des échelles de traitements prévues à l'article 71 de l'arrêté mentionné à l'article 2 § 1 sont néanmoins applicables à partir du 1^{er} janvier 2001 conformément aux nouvelles réglementations en vigueur en la matière.

Art. 26. Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 7 juin 2001.

Le Ministre-Président,

Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille,
de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,
H. NIJESSEN

VERTALING

N. 2001 — 2156

[C — 2001/33049]

7 JUNI 2001. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 16 maart 1954 betreffende de controle op sommige instellingen van openbaar nut, inzonderheid op artikel 11, § 1, vervangen bij de wet van 22 juli 1993;

Gelet op het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening), inzonderheid op de artikelen 1 tot 13;

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s, inzonderheid op artikel 24, § 1;

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van 31 december 1991 tot vaststelling van het voorlopig statuut en van de personeelsformatie van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s (Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen) en tot bepaling van de modaliteiten betreffende de overname van het personeel van de regionale dienst in Eupen van de v.z.w. « Institut francophone de formation permanente dans les Classes moyennes », gewijzigd bij de besluiten van 10 mei 1995 en 30 augustus 1996;

Gelet op het besluit van 24 februari 1992 tot vaststelling van de personeelsformatie van de « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge »;

Gelet op het besluit van 22 juni 1993 tot vastlegging van de specifieke opdrachten waarvoor de « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » contractueel personeel mag aanwerven;

Gelet op het koninklijk besluit van 22 december 2000 tot bepaling van de algemene principes van het administratief en geldelijk statuut van de rijksofficieren die van toepassing zijn op het personeel van de diensten van de Gemeenschaps- en Gewestregeringen en van de Colleges van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en van de Franse Gemeenschapscommissie, alsook op de publiekrechtelijke rechtpersonen die ervan afhangen;

Gelet op het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het protocol nr. S6/2001 van het Sectorcomité XIX van 15.05.2001;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 21 april 2000;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 7 juni 2001;

Gelet op het advies gegeven op 28 september 1999 door de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Dit besluit is van toepassing op de ambtenaren van de volgende organismen:

1. de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap;
2. het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s;
3. de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 2. § 1. Het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren is van toepassing op de ambtenaren en de stagiairs van de organismen vermeld in artikel 1, behoudens de modaliteiten vastgelegd in dit besluit.

§ 2. De bepalingen die van het in § 1 vermelde besluit wijzigen, aanvullen of vervangen, zijn van rechtswege toepasselijk op de ambtenaren en de stagiairs, behalve als ze afwijken van bepalingen waarop de aanpassingsmaatregelen waarin dit besluit voorziet, betrekking hebben.

Art. 3. Met het oog op zijn toepassing op de ambtenaren en stagiairs van de organismen vermeld in artikel 1 wordt het bovenvermelde besluit van 27 december 1996 aangepast zoals bepaald in de artikelen 4 tot 18.

Art. 4. In de artikelen 1 tot 5, 11 tot 15, 23, 32, lid 1, eerste en derde zin, 43 tot 45, 69, 71 en 90, van het besluit van 27 december 1996, alsmede de titel van de bijlagen 1 en 3 bij dit besluit worden de woorden « Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap » en « Ministerie » door het woord « organisme » vervangen.

Art. 5. In artikel 3, § 1, 3°, van hetzelfde besluit worden de woorden « Minister bevoegd inzake openbaar ambt » door de woorden « toezichthoudende minister » vervangen.

Art. 6. Artikel 9 van hetzelfde besluit luidt als volgt :

« Artikel 9. De vacantverklaring van betrekkingen, de toelating tot de stage en de benoemingen worden, behalve voor de betrekking als afgevaardigd directeur, door de Raad van beheer besloten. De beslissingen van de Raad van beheer moeten door de Regering bekrachtigd worden. »

Art. 7. Artikel 10 van hetzelfde besluit luidt als volgt :

« Artikel 10. De afgevaardigde directeur leidt het organisme en houdt toezicht op de uitvoering van de beslissingen van de Raad van beheer.

De afgevaardigde directeur of een door hem onder de ambtenaren met een graad van niveau I aangewezen ambtenaar, past maatregelen toe m.b.t. de integratie van de stagiairs en de vorming van de stagiairs of ambtenaren en begeleidt de stageperiode ».

Art. 8. In de artikelen 14, 23, 26, 28, 55, 62 en 90, van hetzelfde besluit worden, naargelang het geval, de woorden « Secretaris-generaal », « hoofd van de afdeling waar de stage plaatsvindt », « hoofd van de afdeling waarin de stage verricht wordt » en « afdelingshoofd dat de evaluatie toekent » telkens door « afgevaardigde directeur » vervangen.

Art. 9. Artikel 11, § 1, van hetzelfde besluit luidt als volgt :

« Artikel 11. § 1. De Regering legt de samenstelling en de werking van de directieraad van elk organisme vast ».

Art. 10. Artikel 14 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met volgend lid :

« Het programma van het vergelijkend wervingsexamen voor de graad « afgevaardigd directeur » wordt door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap vastgelegd na overleg met de Vaste Wervingssecretaris. De Regering legt ook het stageprogramma vast. »

Art. 11. Artikel 15, § 1, van hetzelfde besluit luidt als volgt :

« Artikel 15. § 1. Bijzondere wervingsvooraarden kunnen worden opgelegd, wanneer het te verlenen ambt het vereist. Zij worden bepaald door de afgevaardigde directeur na overleg met de Vaste Wervingssecretaris en de directieraad. »

Art. 12. In artikel 32 van hetzelfde besluit wordt de zin « De secretaris-generaal of een door hem binnen het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen vertegenwoordiger bekleedt het voorzitterschap » door « De afgevaardigde directeur of een door hem aangewezen vertegenwoordiger bekleedt het voorzitterschap » vervangen, behalve voor het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s, waar het woord « secretaris-generaal » door de woorden « voorzitter van de Raad van beheer » wordt vervangen.

Art. 13. In artikel 37 van hetzelfde besluit wordt de laatste zin als volgt vervangen :

« de evaluatiecriteria zijn die van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap ».

Art. 14. Artikel 39, lid 1, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« De evaluatie wordt door ten minste twee hiërarchische meerderen van verschillende rang toegekend, te weten de afgevaardigde directeur en de onmiddellijke hiërarchische meerdere te samen. De directieraad stelt een lijst op met de personen die voor de evaluatie als onmiddellijke hiërarchische meerdere beschouwd worden en brengt deze vooraf ter kennis van alle ambtenaren.

Voor het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s zijn de twee personen die de evaluatie toekennen de afgevaardigde directeur en de voorzitter van de Raad van beheer. »

Art. 15. In artikel 43 van hetzelfde besluit wordt het woord « Secretaris-generaal » door het woord « voorzitter van de Raad van beheer » vervangen.

Art. 16. Voor de toepassing van dit besluit moet de bijlage I van hetzelfde besluit rekening houdend met volgende aanvullingen gelezen worden :

Graad	Rang
Afgevaardigd Directeur	I.B
Pedagogisch adviseur	I.D
Leidend psycholoog	I.D
Adjunct-adviseur (pedagoog)	I.E
Eerstaanwezend psycholoog	I.E
Pedagogische voordrachtgever	I.F
Psycholoog	I.F
Eerste leersecretaris	II+.A
Eerste arbeidsadviseur	II+.A
Eerste boekhouder	II+.A
Eerstaanwezend leersecretaris	II+.B
Eerstaanwezend arbeidsadviseur	II+.B
Eerstaanwezend boekhouder	II+.B
Leersecretaris	II+.C
Arbeidsadviseur	II+.C
Boekhouder	II+.C

Art. 17. Voor de toepassing van dit besluit moet de bijlage III van hetzelfde besluit rekening houdend met volgende aanvullingen gelezen worden :

Graad	Weddeschaal
Afgevaardigd Directeur	I/11
Pedagogisch adviseur	I/8
Leidend psycholoog	I/8
Adjunct-adviseur (pedagoog)	I/4
Eerstaanwezend psycholoog	I/4
Pedagogische voordrachtgever	I/1
Psycholoog	I/1
Eerste leersecretaris	II+/3
Eerste arbeidsadviseur	II+/3
Eerste boekhouder	II+/3
Eerstaanwezend leersecretaris	II+/2
Eerstaanwezend arbeidsadviseur	II+/2
Eerstaanwezend boekhouder	II+/2
Leersecretaris	II+/1
Arbeidsadviseur	II+/1
Boekhouder	II+/1

Art. 18. Voor de toepassing van dit besluit moet de bijlage IV van hetzelfde besluit rekening houdend met volgende aanvullingen gelezen worden :

Toenmalige graad	Nieuwe graad
Inspecteur-generaal	Afgevaardigd Directeur
Directeur-hoofd van dienst	Afgevaardigd Directeur
Directeur	Eerste adviseur
Pedagogisch adviseur	Adjunct-adviseur (pedagoog)
Pedagogische voordrachtgever	Pedagogische voordrachtgever
Attaché	Voordrachtgever
Eerste leersecretaris	Eerste leersecretaris
Eerstaanwezend leersecretaris	Eerstaanwezend leersecretaris
Leersecretaris	Leersecretaris
Gegradueerde	Arbeidsadviseur
Eerstaanwezend gegradueerde	Eerstaanwezend arbeidsadviseur
Gegradueerde	Maatschappelijk assistent
Eerstaanwezend gegradueerde	Eerstaanwezend maatschappelijk assistent
Eerste gegradueerde	Eerste arbeidsadviseur
Assistent	Opsteller
Eerstaanwezend assistent	Eerstaanwezend opsteller
Operateur	Vakman
Adjunct	Secretaris

Art. 19. In artikel 1 van het besluit van de Executive van 22 juni 1993 tot vastlegging van de specifieke opdrachten waarvoor de "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" contractueel personeel mag aanwerven, wordt de weddeschaal « 10/1 » vervangen door « I/1 ».

Art. 20. Het besluit van de Executieve van 24 februari 1992 tot vaststelling van het statuut en van de dienstgraad van de directeur van de «Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge» wordt opgeheven.

Art. 21. Bij de inwerkingtreding van dit besluit worden de desgevallend toegekende evaluaties « zeer goed » en « goed » in de evaluatie « positief » en de evaluatie « onvoldoende » in « negatief » omgezet totdat een nieuwe evaluatie plaatsvindt.

Indien bij de inwerkingtreding van dit besluit geen evaluatie toegekend was, dan geldt de evaluatie « positief » totdat een nieuwe evaluatie plaatsvindt.

Art. 22. De ambtenaren die een graad in de linkse kolom van de door artikel 19 aangevulde tabel van de bijlage IV van het in artikel 2, § 1, bedoelde besluit bekleden, worden bij de inwerkingtreding van voorliggend besluit met de graad van de rechtse kolom bekleed.

De verworven rang- en graadancienniteit wordt in de graad van de rechtse kolom overnomen.

Toepasselijke voorschriften die desgevallend benamingen van graden van de linkse kolom gebruiken, worden op de ambtenaren met graden van de rechtse kolom mutatis mutandis aangewend.

Art. 23. De ambtenaren die bij de inwerkingtreding van dit besluit geslaagd waren voor een bevorderingsexamen m.b.t. een graad behorend tot de toenmalige rang 22 of van een equivalente rang worden geacht voor het bevorderingsexamen bedoeld in artikel 55, lid 1, van het in artikel 2, § 1, vermeld besluit geslaagd te zijn. Dit geldt eveneens voor de ambtenaren die vóór de inwerkingtreding van dit besluit voor een bevorderingsexamen m.b.t. de toenmalige rang 22 of een equivalente rang ingeschreven waren en na de inwerkingtreding van dit besluit voor dit examen slagen.

Art. 24. Als overgangsbepaling en in afwijking van de artikelen 17 en 18 worden de abtenaren van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap die vóór de inwerkingtreding van hun overheveling van het Waalse Gewest naar de Duitstalige Gemeenschap geslaagd waren voor een bevorderingsexamen van rang B2 naar rang B1 in niveau II+ vanaf de inwerkingtreding van voorliggend besluit met de graad eerste arbeidsadviseur en de weddeschaal II+/4 bekleed.

Art. 25. Dit besluit treedt in werking op de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Art. 26. De bevordering in een vlakke loopbaan en de verhogingen van weddeschaal bedoeld in artikel 71 van het in artikel 2 § 1 vermeld besluit zijn van toepassing vanaf 1 januari 2001 overeenkomstig de nieuwe desbetreffende geldige voorschriften.

Art. 27. De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 7 juni 2001.

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,
B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg,
Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
H. NIESSEN

REGION DE BRUXELLES-CAPITALE — BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

MINISTRE DE LA REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

F. 2001 — 2157

[C — 2001/31243]

28 JUIN 2001. — Arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale relatif à l'exploitation des aérodromes

Le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,

Vu l'ordonnance du 5 juin 1997 relative aux permis d'environnement, notamment ses articles 4, 6 et 13;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 2 juillet 1998 relatif à la lutte contre le bruit et les vibrations générés par les installations classées, modifié par les arrêtés du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 15 octobre 1998 et 14 octobre 1999;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 4 mars 1999 fixant la liste des installations de classe 1B, II et III en exécution de l'article 4 de l'ordonnance du 5 juin 1997 relative aux permis d'environnement, modifié par l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 26 octobre 2000;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 20 mai 1999 imposant l'avis du Service d'Incendie et d'Aide médicale urgente en Région de Bruxelles-Capitale pour certaines installations classées;

Vu l'avis du Conseil de l'environnement pour la Région de Bruxelles-Capitale donné le 23 février 2001;

Vu la délibération du Gouvernement le 15 mars 2001 sur la demande d'avis à donner par le Conseil d'Etat dans un délai ne dépassant pas un mois;

Vu l'avis du Conseil d'Etat L. 31.422/3 donné le 22 mai 2001, en application de l'article 84, alinéa 1^{er}, 1^o, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat et transmis au Gouvernement le 13 juin 2001;

Sur la proposition du Ministre de l'environnement;

Après en avoir délibéré,

Arrête :

Article 1^{er}. A l'annexe de l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 4 mars 1999 fixant la liste des installations de classe IB, II, III, en exécution de l'article 4 de l'ordonnance du 5 juin 1997 relative aux permis d'environnement :

Rubrique n°	Dénomination	Classe	Mot-Clé
160	Aérodrome : site (comprenant éventuellement bâtiments, installations et matériel) destiné à être utilisé, en totalité ou en partie, pour l'arrivée et le départ d'aéronefs a) aérodrome générant un nombre de mouvements hebdomadaires toujours inférieur ou égal à 20 b) aérodrome générant un nombre de mouvements hebdomadaires supérieur à 20	3 1B	Aérodrome